

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 6. OKTOBER 2020



DEBATTE **KLARES BEKENNTNIS ZUM INDUSTRIESTANDORT BREMEN**

„Als SPD-Fraktion stehen wir zur Industrie und ihren Beschäftigten – und wir stehen zur Logistikbranche. Wir wollen Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen.“ Mit diesen Worten machte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, den sozialdemokratischen Standpunkt in einer Aktuellen Stunde zur Gewerbeflächenentwicklung deutlich.

„Wir sind einer der größten Industriestandorte Deutschlands und ganz sicher der vielfältigste“, erklärte Stahmann. „Nirgendwo sonst gibt es Stahl, Luft- und Raumfahrt, Automobil, Werften, Nahrungsmittel und Hafenumschlag so konzentriert wie hier. Und Industrie bedeutet gute Arbeit und gutes Einkommen.



Volker Stahmann

Die Logistik folgt dieser Industrie – und damit ist sie ein zentraler Teil von Bremen und Bremerhaven.“

Dabei sei die Logistik mehr als nur ein besserer, industrieller ‚Postbote‘ – hier

fänden komplexe Kommissionierung und Wertschöpfung statt, so der Sozialdemokrat, der zudem betonte, dass dieser Bereich Menschen, die nicht so hoch qualifiziert seien, eine Beschäftigungsmöglichkeit böte, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Das brauche Bremen.

Stahmann bekannte sich zudem klar zur Luft- und Raumfahrtindustrie. Die aktuelle Momentaufnahme im Zuge der Corona-Krise eigne sich nicht dafür, die Zukunft des Flughafens oder von Airbus abzuschreiben. Stahmann: „Flughafen und Airbus sind in einer Krise, aber beide sind elementarer Bestandteil der Bremer Wirtschaft. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist und bleibt eine Zukunftsbranche. Es ist sozialdemokratisches Ziel, mehr von

dieser Branche nach Bremen zu bekommen. Dazu müssen wir aber Flächen für Ansiedlung bereitstellen und das nicht erst, wenn eine Anfrage kommt.“

Die Flächen, gerade für Gewerbe und Industrie, würden weniger, räumte Stahmann ein. Damit werde ein genauere Blick auf die Nutzung unter Arbeitsplatz- und Beschäftigungsaspekten notwendig. Doch finde auch jetzt schon eine Wandlung von Flächen statt, etwa indem die Gelände einiger Firmen, die Bremen verlassen haben – wie etwa Coca-Cola, Hachez, Brinkmann oder Kellogg's – anderweitig genutzt würden. Für Stahmann steht jedoch fest: „Wir brauchen zur Steigerung der Beschäftigung eben auch Neuansiedlungen – und das funktioniert nur mit Flächenangeboten.“

DEBATTE ANSTRENGUNGEN IM KITA-AUSBAU GEHEN WEITER

Die Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren war heute das Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion, wies in der Debatte Kritik zurück und betonte, dass alles getan werde, um neue Kita-Plätze zu schaffen.

Krümpfer wies in ihrer Rede darauf hin, dass sich die Zahlen des Statistischen Bundesamtes von denjenigen, die von der Verwaltung gepflegt werden, unterscheiden und dass eine Erhebung des Landes und vor allem zum Beginn des Kindergartenjahres ein besseres Quorum erzielen würde. Und sie räumte ein, dass derzeit noch nicht genügend Plätze für alle angemeldeten Kinder unter und auch über drei Jahren vorhanden seien.



Petra Krümpfer



„Wir wissen, dass wir noch besser werden müssen“, sagte Krümpfer, „und wir arbeiten kräftig daran.“ Es werde alles unternommen, um den Platzausbau voranzutreiben, und auch, um mehr Interessierte in die fachliche Qualifizierung zu bringen, damit auch das notwendige Personal vorhanden sei. Nach einer Erhebung, die nur die bisher bekannten Ausbauprojekte beinhalte, liege die Prognose für die durchschnittliche Versorgungsquote im Kita-Jahr 2024/2025 bei 99 Prozent bei über und bei 55 Prozent bei unter drei Jahre alten Kindern. „Wie viele Kinder in diesem und

im kommenden Jahr geboren werden, wissen wir dabei aber noch gar nicht“ erklärte Krümpfer.

„Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, für Kinder unter drei Jahren eine Versorgungsquote von 60 Prozent zu erreichen, und dies streben wir auch weiterhin an“, sagte Krümpfer und betonte darüber hinaus: „Wir wollen, dass alle Kinder einen Kita-Platz bekommen. Nicht nur die unter Dreijährigen, nicht nur die Kinder, die im kommenden Jahr schulpflichtig werden – wir wollen für alle einen Platz.“

FRAGESTUNDE GENDERSENSIBLER UMGANG MIT SCHÜLER*INNEN

Vor wenigen Wochen kam Erschreckendes ans Licht: Medienberichten zufolge ist ein junger Trans*Mann als Schüler einer Bekennnisschule über Jahre hinweg massiv diskriminiert und gemobbt worden. Besonders erschütternd: Gerade Lehrer*innen und sogar die Schulleitung beteiligten sich an den Diffamierungen. So sei der Schüler in der Leistungserbringung und -bewertung benachteiligt, nahezu durchgängig mit seinem Altnamen oder gar einem neutralen Pronomen angesprochen und zu einer Konversionstherapie gedrängt worden. Der Betroffene trug ein Trauma davon, die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Diese Berichte hat die queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, zum Anlass genommen, in der Fragestunde nachzufragen: Wie bewertet der Senat die Berichte über das Mobbing des jungen Mannes, insbesondere im Lichte des durch den Bundestag jüngst beschlossenen Konversionstherapie-Verbots? Sind dem Senat ähnliche Vorwürfe an anderen Bremer Schulen bekannt? Und welche präventiven Maßnahmen setzt der Senat um, um einen gendersensiblen Umgang an Bremer Schulen zu gewährleisten?

„Der Senat bewertet die in den Berichten dargestellten Vorkommnisse zum Umgang mit einem Trans*Mann an einer Bremer Ersatzschule als schockierend“, berichtete Bildungssenatorin Claudia Bogedan im Rahmen der Fragestunde der Stadtbürgerschaft. Der Senat lehne die in der Berichtserstattung dargestellten diskriminierenden



Handlungen strikt ab und sei in höchstem Maße an der Aufklärung der Geschehnisse interessiert, um daraus Erkenntnisse für zukünftiges Handeln abzuleiten und derartige Vorkommnisse zu verhindern.

Bislang seien dem Senat in Bremen keine ähnlich schwerwiegenden Fälle bekannt. Einer Diskriminierung von Schüler*innen solle durch Prävention entgegengewirkt werden, wozu zusätzliche Stellen in den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) angesiedelt würden.



Antje Grotheer

In einer Nachfrage betonte Antje Grotheer, dass der konkrete Fall kein Mobbing unter Schüler*innen aufzeige, sondern vielmehr das Fehlverhalten von Erwachsenen offenlege, und fragte die Senatorin, ob es auch Präventionsangebote für die Lehrkräfte gebe. In ihrer Antwort wies Bogedan auf Fortbildungen des Landesinstituts für Schule hin, die allen Lehrkräften offen stünden. Ein weiterer Weg der Kontaktaufnahme gehe über die Schulaufsicht, die im Ernstfall auch Unterricht begleiten und hospitieren könne, um die Probleme zu begreifen. Abschließend betonte die Senatorin noch einmal, dass sich Schüler*innen in einer Machtsymmetrie befänden, was es für Betroffene schwierig mache, Hilfe zu suchen. Gerade dafür seien die ReBUZ-Beratungsangebote sehr gut geeignet, an die sich die Schüler*innen wenden könnten.